

Protokoll Runder Tisch Rummelsburger See

Termin: 23.06.2014

Ort: Nachbarschaftszentrum „Altes Lazarett“
Erich-Müller-Str. 9
10317 Berlin-Rummelsburg

TeilnehmerInnen: Siehe Teilnehmerliste

Von den stimmberechtigten Mitgliedern waren nicht vertreten:

- Umweltamt Friedrichshain-Kreuzberg
- Umweltausschuss Friedrichshain-Kreuzberg
- Wasserwirtschaftsamt Senat

Tagesordnung:

1. Begrüßung & Vorstellung neuer Teilnehmer
2. Bestätigung des Protokolls vom 14.04.2014
3. Wahl des Sprechers
4. Fachinput: Übersicht Zuständigkeiten hinsichtlich Steggenehmigung & allgemeine Darstellung des Verfahrens zur Festsetzung eines Landschaftsschutzgebiets (Frau Will)
5. Aktualisierung und Ergänzung des See & Ufer Konzeptes (Frau Peterson/Herr Braband)
6. Themenschwerpunktsetzung

1. Begrüßung & Vorstellung neuer Teilnehmer

Frau Blodau vom Stadtteilzentrum leitete die Sitzung und begrüßte die Teilnehmer.

2. Bestätigung des Protokolls vom 14.04.14

Es gab keine Einwände zum Protokoll der letzten Sitzung. Es ist damit angenommen.

3. Wahl des Sprechers

Als Sprecher des Runden Tisches wurde Herr Pagel und als Stellvertreterin Frau Schuler jeweils ohne Gegenstimmen gewählt. Die Gewählten nahmen die Wahl an.

4. Verfahrens zur Festsetzung eines Landschaftsschutzgebiets

Frau Will vom Umweltamt Lichtenberg machte Ausführungen zur gesetzlichen Lage und zum Verfahren der Festsetzung eines Landschaftsschutzgebietes (LSG). Unterlagen dazu: s. Anlage 1 und 2 zum Protokoll.

Wesentliche Punkte der Ausführungen wurden diskutiert:

- Zielsetzung für ein Landschaftsschutzgebiet ist ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft. Der Rummelsburger See ist u.a. wegen seiner unterdurchschnittlichen Wasserqualität nicht für eine LSG-Ausweisung geeignet. Die Kriterien der Erholung stellen nur einen Aspekt dar, würden aber insgesamt nicht ausreichen.
- Der Prozess (s. Seite 4 Anlage 1) zur Festsetzung ist langwierig. Erste Voraussetzung ist ein Fachgutachten. Danach kann der Bezirk die Festsetzung durch die obere Naturschutzbehörde (Senatsverwaltung) vorschlagen. Diese leitet dann das Verfahren zur Unterschutzstellung ein. Abschluss des Verfahrens bildet eine Rechtsverordnung für das LSG. Der Prozess dauert insgesamt einige Jahre. Für die Pflege ist in der Folge der Bezirk zuständig.
- Der Rummelsburger See ist eine Bundeswasserstraße. Die Zuständigkeit liegt in der Senatsverwaltung und des Wasserschiffahrtsamtes (WSA). Der Bezirk hat keine Verfügungsgewalt. Für ein LSG müsste die Planfeststellung als Bundeswasserstraße geändert werden.
- Landseitig sind schon viele Flächen am Ufer als öffentliche Grünflächen durch die festgesetzten Bebauungspläne (Satzung) gesichert. Die vorhandenen Biotope sind durch das Bundesnaturschutzgesetz besonders geschützt. Sie würden durch ein Landschaftsschutzgebiet keinen zusätzlichen Schutz erfahren. Die Schilfbereiche im See sind

auch gesetzlich geschützte Biotope. Vor Ort sind Röhrichtbereiche durch Palisaden gesichert. In den gesetzlichen Bestimmungen ist festgehalten, dass Wasserfahrzeuge einen Mindestabstand von 10 m einzuhalten haben und Schilder verweisen auf einen Abstand von 20 Metern. Der B-Plan XVII-4 (Baugebiet zum Ostkreuz) ist noch im Verfahren. Es bestehen Bestrebungen, die Grünflächendarstellung auszuweiten. Es ist erklärtes Ziel, den Uferbereich als begrünte Zone zu erhalten.

Auch Frau Peterson vom Stadtplanungsamt Lichtenberg verwies darauf, dass die Ufer als öffentliche Grünflächen gesichert sind. Bebauungspläne sind gemeindliche Satzungen und rechtsverbindlich für jedermann. Herr Dr. Franke stellte die Frage, ob durch eine Festlegung eines LSG mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden. Es gibt für den Bezirk keine zusätzlichen Mittel für die Unterhaltung, wenn ein LSG ausgewiesen wird.

Automatisch wären mit einem LSG keine Auswirkungen zur Nutzung des Sees verbunden.

Auf die Frage nach der Entfernung der Belüftungsrohre im See teilte Frau Schuler mit, dass eine Kleine Anfrage in der BVV Lichtenberg gestellt wurde. Herr Peter hatte die Antwort dabei (s. Anlage 3).

5. Aktualisierung des See & Ufer Konzeptes

Vorab machte Frau Peterson vom Bezirksamt Lichtenberg für Stadtplanung einige einleitenden Bemerkungen:

- Da es sich bei dem See um eine Bundeswasserstraße handelt, hat der Bezirk darüber keine Planungshoheit. Diese liegt bei der Wasserbehörde (Abt. 7) des Senats gemeinsam mit dem WSA.
- Das aktuelle Konzept wurde 2004 zusammen mit Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen. Es sieht max. 250 Liegeplätze vor. Diese Zahl soll beibehalten werden.
- Das Konzept hat keine rechtliche Verbindlichkeit. Es kann aber dazu dienen, ebenso wie B-Pläne oder Flächennutzungspläne, Widersprüche seitens des Bezirks gegen Planungen und Genehmigungen mit „öffentlichem Interesse“ zu begründen.
- Geplant sei, das Konzept im Herbst 2014 vom Bezirksamt beschließen zu lassen und anschließend der BVV zur Kenntnis bekannt zu geben.

Die wiederholt gestellte Frage, warum der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nicht mit eingebunden wurde, konnte nicht beantwortet werden.

Herr Barband von dem Büro BSM präsentierte das Konzept. Der Geltungsbereich wurde entlang der alten Flussbadeanstalt bis zur Bezirksgrenze Köpenick erweitert.

Der Inhalt des bisherigen Konzeptes steht dem Runden Tisch nicht schriftlich zur Verfügung. Er wird, sofern das Bezirksamt dies zur Verfügung stellt, nachgereicht und den Mitgliedern vor der nächsten Sitzung vorliegen.

In der anschließenden Diskussion wurden folgende Punkte kritisiert:

- Für das „Netzwerk der Initiativen rund um das Ostkreuz“ äußerte Herr Trommer Unverständnis dafür, dass am Baugebiet zu Ostkreuz hin noch eine Mole bzw. ein Steg vorgesehen ist. Auf beiden Seiten davon befinden sich Schilfzonen und flache Gewässer, die sich nicht für Schiffsverkehr eignen.
- Herr Heymann forderte, dass die Präsentation über das Protokoll zur Verfügung gestellt wird. Außerdem sei nicht einsichtig, warum im Bereich der Gustav-Holzmann-Str. (Märkische Bunker und Service GmbH) kein Restaurantschiff zugelassen werden soll. Als Grund wurde ein Mangel an Parkplätzen und mögliche Lärmbelästigungen von Frau Peterson angeführt.
- Herr Peter sagte als Vertreter vom Bezirksstadtrat zu, dass geprüft werden soll, welche Unterlagen dem Runden Tisch zur Verfügung gestellt werden können. Die Kritikpunkte sollten dann schriftlich an das Bezirksamt gerichtet werden, das dann entscheide, wie diese berücksichtigt werden könnten. An dieser Vorgehensweise wurde vielfach Kritik geäußert. Es wurde als notwendig erachtet, dass das Konzept beim Runden Tisch diskutiert wird. Das Konzept muss den Mitgliedern dafür vorher vorliegen.
- Wiederholt wurde festgestellt, dass es keinen Sinn macht, ein See- und Uferkonzept nur für die Lichtenberger Seite festzulegen. U.a. wenn die Anzahl der Liegeplätze festgelegt werden

soll. Das Bezirksamt wurde aufgefordert, auf dem Dienstweg die entsprechende Abteilung des Nachbarbezirks anzusprechen, damit diese dabei involviert sind.

- Herr Dr. Franke regte an, Angebot und Nachfrage zu erkunden, um den Bedarf an Liegeplätzen (und Fährbetrieben) zu ermitteln.
- Herr Pagel stellte fest, dass das Konzept viele Dinge festlegt, die als Einzelfragen im Runden Tisch erst noch diskutiert und geklärt werden müssen. Dazu zählen u.a. die Nutzung des Sees für kommerzielle und private Boot, die Nutzung durch Fahrgastschiffe und die Belastbarkeit des Sees. Durch die geplante amtliche Fortschreibung des Konzeptes würde der Sinn des Runden Tisches in Frage gestellt.
- Wiederholt wurde festgestellt, dass der vorgestellte Zeitplan der Bedeutung des Themas nicht angemessen ist. Eine deutliche Streckung sei notwendig. Herr Peter versprach dies prüfen zu lassen.

Herr Trommer stellte folgenden **Beschlussantrag**:

Der Runde Tisch Rummelsburger See fordert, dass der Planungsstand zur Fortschreibung des See- und Uferkonzept den Mitgliedern des Runden Tisches zur Verfügung gestellt und dass der Runde Tisch an der Festlegung beteiligt wird.

Der Antrag wurde bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen angenommen.

Ein weiterer Antrag, der den Senat auffordern sollte, bis zur Fortschreibung des See- und Uferkonzepts ein Moratorium für weitere Planungen bzw. Genehmigungen auszusprechen, wurde als verfrüht betrachtet und zurück gestellt.

6. Themenschwerpunktsetzung

Arbeitsblätter zur Bestimmung der Wichtigkeit und der Dringlichkeit der zu bearbeitenden Themen wurden am Beginn der Sitzung an die stimmberechtigten Mitglieder verteilt. Diese können auch nachgereicht werden an: Hans Pagel, Email: hans.pagel@online.de.

Die ausgefüllten Arbeitsblätter werden ausgewertet und sollen als Grundlage für die Reihenfolge der zu diskutierenden Themen dienen.

Nächste Sitzung

Als Termin für die nächste Sitzung wurde Montag, 01. September 20:00 Uhr festgelegt.

Anlagen:

Teilnehmerliste

- 1) Rummelsburger See - Information zur Beratung 23.6.14
- 2) Wasserrecht in Auszügen
- 3) KA/0403/VII Sauerstoffanlage Rummelsburger See

30.06.2014

Hans Pagel